

Demo mit Nachschlag

Nach der Demonstration gegen Studiengebühren kam es nicht nur zu Gleisblockaden, sondern auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Das berichten studentische Augenzeugen

von **Marco Carini**

Es gibt zwei Versionen. Die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Studierenden im Anschluss an eine Demo gegen Studiengebühren am Dienstag werden von Beamten und Demonstranten höchst unterschiedlich bewertet. Während die Polizei ihr "besonnenes Handeln" lobt, berichtet die Gegenseite von "brutalen Übergriffen".

Nach Ende der offiziellen Demo waren etwa 200 Studierende in den Hauptbahnhof gezogen. Hier kam es gegen 16 Uhr zu einer spontanen Gleisblockade, die nach Angaben studentischer Augenzeugen "nicht länger als zwanzig Sekunden" gedauert habe. Anschließend seien nicht nur die blockierenden Studenten, sondern auch die anderen Demo-Teilnehmer auf dem Bahnsteig ohne jede Vorwarnung eingekesselt und "vorläufig festgenommen" worden.

Dabei soll es nach Augenzeugen zu schweren Übergriffen durch die Polizei gekommen sein. "Ein junger Mann, der sich weigerte, sich abführen zu lassen, wurde von sechs Beamten mit Fäusten, Schlagstöcken und Fußtritten brutal attackiert", berichtet eine der taz namentlich bekannte Studentin. Auch eine junge Frau sei durch die Beamten verletzt worden.

Polizeisprecher Ralf Kunz sind diese Vorfälle "unbekannt". Bei dem Einsatz hat es nach Angaben des Sprechers lediglich zwei Verletzte gegeben: Einen Beamten, der einen Faustschlag ins Gesicht bekommen habe, und einen Studenten, bei dem es aufgrund der Handfesseln zu Hautabschürfungen gekommen sei.

In zwei Bussen wurden rund 100 einkassierte Studenten zur Gefangenensammelstelle an der Stresemannstraße gebracht und dort erkennungsdienstlich behandelt. Vier Stunden später, kurz vor 22 Uhr, wurden sie freigelassen. Während die Polizei davon spricht, die Behandlung "durch ein beschleunigtes Verfahren" abgekürzt zu haben, berichten mehrere Studierende davon, dass "drei Stunden gar nichts passierte, obwohl Dutzende Beamte die gesamte Zeit untätig herumstanden".

Die Polizei prüft derzeit, ob es "überhaupt im Einzelfall Straftatbestände gegeben hat". Bislang sei man noch nicht fündig geworden. Dagegen überlegen mehrere Betroffene, ob sie die von ihnen wahrgenommenen Polizeiübergriffe zur Anzeige bringen wollen. Das Problem: Die Beamten sollen sich standhaft geweigert haben, ihre Dienstnummern herauszugeben.

taz Nord Nr. 7986 vom 2.6.2006, Seite 24, 81 TAZ-Bericht Marco Carini, Artikel nur in taz-Teilaufgabe

taz muss sein: Was ist Ihnen die Internetausgabe der taz wert? Sie helfen uns, wenn Sie diesen Betrag überweisen auf: taz-Verlag Berlin, Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Konto-Nr. 39316-106

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)